

Superreiche ziehen in die Arktis

Auch Norwegen hat sein eigenes kleines Steuerparadies



Idyllisch, exklusiv, aber sehr abgelegen: Fischerboote an einem Steg in Bø weit im Norden Norwegens.

GERHARD ZWINGER-SCHÖNER / IMAGO

RUDOLF HERMANN

So hat man sich die Residenz eines Superreichen nicht unbedingt vorgestellt. Das weiss gestrichene winzige Holzhäuschen, von dem die Farbe abzublättern beginnt, steht am Ende eines ruppigen Feldwegs, wie ein von der Zeitung «Aftenposten» publiziertes Bild zeigt. Zugegeben, die Lage ist des Wohnsitzes eines Multimillionärs durchaus würdig: am Wasser und mit unverbaubarer Aussicht auf die Berge, die sich majestätisch auf der anderen Seite der weiten Meeresbucht erheben.

Hier wohnt Rikard Storvestre, ein norwegischer Geschäftsmann, der mit Nahrungsergänzungsmitteln ein Vermögen gemacht hat. Das heisst, er wohnt hier, wenn man das Einwohnerverzeichnis der Gemeinde Bø in der nordnorwegischen Landschaft Vesteralen befragt. Eigentlich nämlich verbringt Storvestre die meiste Zeit in Brasilien und nicht irgendwo nördlich des Polarkreises. Mit Vesteralen verbindet ihn indes sein Elternhaus und seine Jugendzeit. Und seit Bø auf den Beginn des Jahres 2021 als erste und bisher einzige Gemeinde Norwegens den kommunalen

Vermögenssteuersatz von den landesüblichen 0,7% auf 0,2% reduziert hat, hat er dieses Dorf zu seinem offiziellen Wohnsitz gemacht. «Ein Steuerflüchtling», befand die Internetpublikation «Vesteralen Online» trocken.

Ein rühriger Bürgermeister

Storvestre selbst sieht das anders. Gegenüber dem öffentlichen Fernsehen NRK sagte er, er sei durchaus ein Freund des norwegischen Systems, sonst hätte er nämlich sein ganzes Geld mit nach Brasilien genommen. Nur die Idee der Vermögenssteuer, die sei ihm wirklich fremd. Er finde es ein bisschen viel, wenn der Staat zuerst das Einkommen besteuere, dann die Dividenden und am Schluss noch das Vermögen. Durch den Wohnsitzwechsel nach Bø, das jetzt den mit Abstand niedrigsten Vermögenssteuersatz im Land hat, kann Storvestre ein hübsches Sümmchen mehr in der Tasche behalten als an seinem alten registrierten Wohnort; laut NRK pro Jahr etwa 1 Mio. nKr., umgerechnet rund 110 000 Fr.

In Bø will der Unternehmer aber nicht nur Steuern sparen, sondern auch

Arbeitsplätze schaffen: ein Callcenter für seinen Onlinehandel. Investitionsvolumen 10 Mio. Dazu hat er ein früheres Sekundarschulhaus erworben, für das die 2600-Seelen-Gemeinde keine Verwendung mehr hat. Der «Wissenspark Bø» soll laut Storvestre 10 bis 50 Personen Arbeit bieten.

Der Bürgermeister Sture Pedersen sieht sich damit in seinem Plan bestätigt, mit einer Senkung des Vermögenssteuersatzes neue Einwohner zu gewinnen und im Endeffekt das Steueraufkommen zu steigern. Durch die Prominenz, die er bisher angelockt hat, dürften bei ihm dieses Jahr unter dem Strich rund 20 Mio. nKr. mehr in der Gemeindekasse klingeln. Es sei noch nicht so lange her, dass seine Gemeinde mit Landflucht zu kämpfen gehabt habe, sagte Pedersen. Doch nun sei es gelungen, den Trend umzukehren.

Der Skikönig Dählie hält Hof

Pedersens grösster diesbezüglicher Coup ist ohne jeden Zweifel der Zuzug der norwegischen Langlauf-Legende Björn Dählie, der mit einem Vermögen von rund 400 Mio. nKr. im Gepäck von

Eidsvoll im Grossraum Oslo hergezogen ist. Der achtfache Olympiasieger und neunfache Weltmeister hat auch einiges an Glamour mitgebracht. Dählie war es denn auch, mit dem alle Medien sprechen wollten. Doch er zeigte sich eher zugeknöpft auf die Frage, ob es wirklich nur die «tollen Menschen» und die «magische Natur» gewesen seien, die ihn an Bø verzaubert hätten – oder nicht vielleicht doch der zupackende Bürgermeister. Die Antwort lässt sich errahnen.

Doch was wird die nationale Steuerbehörde dazu sagen? Die Regeln besagen ziemlich deutlich, dass das Steuerdomizil der Ort ist, wo man die meiste Zeit verbringt und nachweislich den Lebensmittelpunkt hat. Bei Storvestre zum Beispiel dürfte es kaum die baufällige Holzhütte sein.

Doch dieser gibt sich entspannt. Wenn die Behörde wirklich detaillierte Nachforschungen anstellen wolle, müsse sie sich einfach bewusst sein, dass es für Norwegen insgesamt ein grösserer Verlust wäre, würde er seinen Wohnsitz ins Ausland verlegen als innerhalb Norwegens in die einzige Gemeinde, die steuergünstiger als die anderen sei.

Und was meint Oslo?

Ole Gjems-Onstad, Professor an der BI-Handelshochschule Oslo, hofft, dass der Vorstoss der Gemeinde Bø die Diskussion um die Vermögenssteuer in Norwegen neu beleben werde. Allerdings ist er der Meinung, dass die Fragestellung für Vermögende ohnehin eher «Norwegen oder Ausland» als «wo in Norwegen» laute. Vor allem, wenn es etwa um die Gründer erfolgreicher Startups gehe. Diese seien durch die bestehende Regelung nämlich allenfalls gezwungen, Anteile an ihrem vielleicht hoch bewerteten, aber noch keine Gewinne erzielenden Unternehmen zu verkaufen, um die anfallende Vermögenssteuer überhaupt finanzieren zu können.

Nach dem Regierungswechsel von den Bürgerlichen zu den Sozialdemokraten in Norwegen ist allerdings die brennendere Frage, ob das «arktische Monaco» überhaupt weiterbestehen darf. Auf der linken Seite des politischen Spektrums ist nämlich der Gedanke des Steuerwettbewerbs nicht besonders populär. Einige Parteien wollen den Gemeinden die Möglichkeit nehmen, den Vermögenssteuersatz selber zu bestimmen, und diesen dabei auch gleich noch erhöhen. Wenn ein Rennen um die niedrigsten Steuersätze in Gang komme, könne sich das in verminderten öffentlichen Dienstleistungen niederschlagen. Und damit sei niemandem gedient.



SCHWARZ UND WIRZ

Liberaler Klimapolitik ist möglich

GERHARD SCHWARZ

Unlängst wurde ich nach einem Vortrag über die Begrenzung des staatlichen Fussabdrucks gefragt, ob denn die Klimapolitik nicht fast zwingend zu einer Ausweitung des Staates führe. Der Frager wollte mich wohl vor dem Hintergrund der im Juni erfolgten Ablehnung des CO₂-Gesetzes durch den Souverän aufs Glatteis führen. Dieses Gesetz war vom Wirtschaftsdachverband Economiesuisse und von der FDP unterstützt worden, zwei Organisationen, die die Wörter Liberalismus und Marktwirtschaft viel im Munde (sowie teilweise im Namen) führen und sich oft gegen einen weiteren Staatsausbau aussprechen. Hier aber nahmen sie für einen Kompromiss die Erhöhung der Staatsquote hin.

Das muss nicht sein. Die liberalen Kräfte sollten sich für eine Klimapolitik starkmachen, die das Anliegen ernst nimmt, aber gerade deswegen an einigen liberalen Grundsätzen festhält, denn mit einer freiheitsfreundlichen und menschengerechten Politik ist auch dem Klima mehr gedient.

Zentral ist hier, erstens, die Technologieneutralität. Es ist nicht Aufgabe des Staates, den Menschen und Firmen vorzuschreiben, mit welchen Technologien sie die Reduktion der Treibhausgase erreichen sollen. So richtet die Verteufelung der Kernenergie mit Blick auf das Klima leider viel Schaden an.

Liberaler Klimapolitik überlässt, zweitens, auch in diesem Bereich nicht alles dem freien Markt. Das wäre ordnungspolitisch Unsinn. Es sind meist Gegner der Marktwirtschaft, die den Anhängern einer offenen Wirtschaft eine solch unrealistische Absicht unterstellen. Liberale wissen dagegen, dass es zur Durchsetzung des Verursacherprinzips des Staates bedarf.

Drittens muss liberaler Klimapolitik – mit wenigen Ausnahmen – mit Anreizen statt Verboten arbeiten, also mit der Bepreisung des CO₂-Ausstosses durch die Versteigerung von Emissionszertifikaten oder mittels Lenkungssteuern; sie sind eine valable Alternative.

Wichtig ist nur, viertens, dass die Einnahmen aus der Bepreisung nicht zur Ausweitung der Staatsquote verwendet werden – auch nicht zur Alimentierung von Umweltfonds. Das Geld sollte mit einem Einheitsbetrag pro Kopf an die Bevölkerung verteilt werden.

Fünftens sollte Klimapolitik so billig wie möglich erfolgen – unter Beachtung der Wirksamkeit. Sie sollte also nicht absichtlich weh tun, wie oft moralisierend gefordert wird, zumal sie ohnehin mehr kosten wird, als uns grün angehauchte Politiker weismachen wollen. In einer Welt der knappen Güter ist es unverantwortliche Verschwendung, die Reduktion der Emissionen nicht dort vorzunehmen, wo sie am billigsten zu haben ist. Jeder so gesparte Franken kann für andere wichtige Aufgaben verwendet werden.

Das kann nicht hoch genug geschätzt werden, denn, sechstens, die Verabsolutierung des Klimaschutzes widerspricht jeder Liberalität. Der Klimaschutz ist eine grosse Herausforderung, aber weder die einzige noch per se die grösste, der alles unterzuordnen wäre. Der Wettstreit der Anliegen und der Lösungen macht den Kern der freiheitlichen Demokratie aus.

Gerhard Schwarz ist u. a. Präsident der Progress Foundation.

Deutschlands Finanzminister fällt Schlüsselrolle zu

Die Koalitionspartner in spe versuchen sich in der Quadratur des Kreises – das birgt die Gefahr neuer Schuldenberge

RENÉ HÖLTSCHE, BERLIN

Bei den anstehenden Koalitionsverhandlungen von SPD, Grünen und FDP über die Bildung einer deutschen Ampel-Regierung wird die Finanzpolitik zu den härtesten Knacknüssen zählen. Die in den bisherigen Sondierungsgesprächen festgezurrten Eckwerte auflegen den Unterhändlern eine Quadratur des Kreises. Sozialdemokraten und Grüne konnten sich zum Beispiel mit dem Anliegen durchsetzen, das Mindestlohn bei 48% des Durchschnittslohns zu belassen und das Rentenniveau nicht zu erhöhen. Angesichts der demografischen Entwicklung nehmen die potenziellen Koalitionäre damit eine weiter wachsende Subventionierung der Rentenversicherung aus dem Haushalt oder steigende Versicherungsbeiträge in Kauf.

Mehr Kosten, weniger Geld

Die Liberalen wiederum konnten eine Absage an Steuererhöhungen erreichen.

Zugleich stellt das Sondierungspapier umfangreiche Investitionen in Klimaschutz, Digitalisierung, Bildung und Forschung sowie Infrastruktur in Aussicht. All dies soll «im Rahmen der grundgesetzlichen Schuldenbremse» realisiert werden. Diese schreibt, vereinfacht ausgedrückt, einen über den Konjunkturzyklus hinweg nahezu ausgeglichenen Staatshaushalt vor. Das Festhalten an ihr war vor allem der FDP wichtig, doch die nötige Mehrheit für eine Reform dieser Bremse ist ohnehin nicht in Sicht.

Dass eine Koalition dreier derart unterschiedlicher Parteien reichende Kompromisse erfordert, ist unvermeidlich. Wie aber die erwähnten Investitionen im Rahmen der Schuldenbremse finanziert werden können, wenn gleichzeitig die Sozialausgaben tendenziell erhöht, «Superabschreibungen» für Investitionen in Klimaschutz und Digitalisierung gewährt, die Umlage zur Förderung von Ökostrom abgeschafft und keine Steuern erhöht werden sollen, ist unklar. Dies gilt umso mehr, als Deutschland unter anderem wegen des

Schrumpfens der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter vor mageren Jahren steht. Immerhin wollen die potenziellen Partner durch die Überprüfung des Haushalts «auf überflüssige, unwirksame und umwelt- und klimaschädliche Subventionen und Ausgaben» Spielräume gewinnen. So sinnvoll das ist, so schwierig könnte die Umsetzung werden: Sollen die Kürzungen einen signifikanten Beitrag zur Gegenfinanzierung der Investitionen leisten, werden sie vielen weh tun.

Ein letzter Schluck?

Ökonomen unterschiedlicher Couleur haben nun die Idee lanciert, im kommenden Jahr unter Nutzung der – wegen der Pandemie angerufenen – Ausnahmeklausel der Schuldenbremse in einem einmaligen Akt umfangreiche Schulden aufzunehmen und damit künftige Investitionen zu finanzieren.

Doch auch dieser Vorschlag hinterlässt ein mulmiges Gefühl: Erstens ist juristisch umstritten, ob dies zulässig

wäre (es geht ja nicht um Corona-Folgen), zweitens wäre es de facto eine Umgehung der Schuldenbremse, und drittens bestünde die Gefahr, dass es nicht bei diesem einen «letzten» Schluck aus der Schuldenpulpe bleiben würde.

Vor diesem Hintergrund wird das Finanzministerium in der nächsten Legislatur noch stärker zu einem Schlüsselressort, als es ohnehin ist. Der Amtsinhaber wird Klugheit brauchen, um mit knappen Mitteln die nötigen Zukunftsinvestitionen zu finanzieren, Kraft, um über Jahre angesammeltes Fett aus dem Haushalt herauszuschneiden, und Standhaftigkeit, um anhaltende Umgehungen der Schuldenbremse und ein Abgleiten in eine Schuldenwirtschaft zu verhindern. Sowohl der FDP-Chef Christian Lindner als auch der Co-Vorsitzende der Grünen Robert Habeck haben ein Auge auf den Posten geworfen. Unabhängig von der Person wäre das Finanzministerium bei den Liberalen wohl am besten aufgehoben. Sie haben solide Staatsfinanzen noch am ehesten in ihrer DNA.